

## **Stand Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**

Eigentlich sollte das Gesetzgebungsverfahren zum Rechtsanspruch ab 2025 schon im Gange sein.

Am 2. Dezember war das Gesetz auf der Tagesordnung des Treffens des Kanzleramtes mit den Ministerpräsident\*innen der Länder. Der Bund hatte im Juni dieses Jahres in den Verhandlungen zugesagt, sich nicht nur an den Investitionskosten für den Rechtsanspruch, sondern auch an den laufenden Kosten der Länder zu beteiligen (ähnlich wie beim Gute-Kita-Gesetz).

Am 2.12. konnte man sich aber nicht über die finanzielle Höhe der Bundesgelder einigen und deshalb liegt das Verfahren erstmal bis auf Weiteres auf Eis. Wann es weitergeht steht gerade in den Sternen...

Eigentlich wollten die beteiligten Ministerien Bildung und Familie gemeinsam am 4. Dezember über das Gesetz die Fachöffentlichkeit informieren - das wurde aber kurzfristig abgesagt.

Geplant ist wohl weiterhin den Rechtsanspruch stufenweise einzuführen - also 2025 für die 1.Klassen, 2026 zusätzlich die zweiten Klassen usw. bis 2028 bis zur 4.Klasse.

Das Bundesministerium für Bildung plant für 2021 sogenannte "Wissenschaftsgeleitete Qualitätsdialoge", die vom DIPF veranstaltet werden.

Zum Stand vom 30.09.20 siehe folgende Seiten

## Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

(Stand 30.09.20 – nach 4. Infoveranstaltung der Bundesministerien für Familie und Bildung)

### Information aus den Bundesministerien für Familie und Bildung

#### **Investitionskosten:**

- 1,5 Mrd. € für Ausbau im Juni zusätzlich vereinbart zu den bereits vereinbarten 2 Mrd. € (Investitionen)
- Bonusmittel für schnelle Länder, sind in den 1,5 Mrd € drin
- Erste Verwaltungsvereinbarung für erste Marge von 750 € liegt vor (siehe Anhang), Laufzeit bis Ende 2021
- Nicht nur Neubauten, sondern auch bauliche Aufwertung u.a. Maßnahmen sollen mit den Mitteln möglich sein
- Länder machen Förderrichtlinien in eigener Verantwortung
- BaWü blockiert als einziges Bundesland gerade – hat viele (auch qualitativ gute) Angebote in kommunaler Verantwortung, Bund pocht auf Gewährleistung durch Länder und nicht durch Kommunen, Konflikt z. Zt. ungelöst

#### **Betriebskosten:**

- Bund wird sich an den Betriebskosten beteiligen (NEU!) – Höhe wird noch verhandelt
- Das war Forderung der Länder. um überhaupt Rechtsanspruch zuzustimmen
- Erstes Angebot des Bundes von Ländern abgelehnt

#### **Rechtsanspruch:**

- Bundesregierung und Ministerpräsidentenkonferenz stehen grundsätzlich dazu (Diskussion war angesichts von Corona aber sehr kontrovers, Bildungsministerium hat sich für zusätzliche Mittel 1,5 Mrd € (siehe oben) stark gemacht)
- Bund-Länder-AG hat bis September Eckpunkte erarbeitet zum **Rechtsanspruch** und zur **Beteiligung des Bundes**
- gehen jetzt in die Verhandlung von Ministerpräsidenten, Bundesministerien und Kanzleramt
- Ergebnis Ende Oktober geplant
- Dann kommt Gesetzentwurf (liegt schon in der Schublade der Bundesministerien)
- Zügiges und verkürztes Gesetzgebungsverfahren ist geplant – aber mit Beteiligung der Verbände
- Mittelabruf durch Länder der 2 Mrd. erst möglich, wenn Rechtsanspruch im SGB VIII geklärt ist
- Sondervermögen wird aber schon jetzt gebildet, verantwortlich jeweils zur Hälfte Familien- und Bildungsministerium
- Qualitätsstandards sind schwierig rein zu verhandeln, im Geltungsbereich des SGB VIII muss aber Betriebserlaubnis sein
- Vielfalt soll eigentlich erhalten bleiben

- Generelle Tendenz aber das viele Angebote in die schulische Verantwortung gehen (und dann im Schulgebäude sind) und weniger im Bereich des SGB VIII bleiben werden

#### Fachkräfte:

- Neue Fachkräfte-AG von Ländern und Bund soll gegründet werden

#### Flankierende Maßnahmen:

1. Workshop-Reihe mit 1-tägigen Veranstaltungen, verantwortlich ist DIPF

#### Qualitätsgeleiteter Dialog, Stellschrauben für Qualität:

- Steuerung – Leitung
- Gesamtkonzept
- Angebotskonzepte
- Angebotsqualität
- Soziale Beziehungen
- Zusammenarbeit
- Dialogische Triage von Wissenschaft, Praxis und Verwaltung geplant
- Sollen in allen Bundesländern stattfinden und Anfang 2021 beginnen
- Jeweils 2 hybride Veranstaltungen (dadurch TN-Zahl begrenzt) zu den 6 Themen, Terminleiste kommt demnächst
- Kurze Broschüren sollen als Ergebnis erstellt werden

2. ESF-Förderprogramm

- „Gemeinsam für Qualität – Kinder beteiligen im Ganzttag“
- Ziel: Partizipative Strukturen in Schulen und Horten stärken, gemeinsame Entwicklung von Qualität
- Förderphasen bundesweit 2022 bis 2026
- Frühjahr 2021 Veröffentlichung Förderrichtlinien, dann Interessensbekundung
- 150 Standorte bundesweit, jeweils halbe Stelle für Koordination (vergleichbar den Sprachkitas)
- Tandemqualifizierung (2 und mehr TN) für Erz./Soz.päd und Lehrer\*innen
- Schule muss immer beteiligt sein, aber Horte außerhalb der Schule in Kooperation mit Schulen gehen auch, Angebot auch für Grundschulen bis 6. Klasse
- Curriculum soll entwickelt werden
  1. Phase (3 Jahre): Angebote auf dem Markt, Entwicklung des Curriculums
  2. Phase (2 Jahre): Erprobung des Curriculums

3. Elternbeiträge

- Erhebung der Höhe von Elternbeiträgen
- Ausschluss von Gruppen von Familien durch hohe Elternbeiträge – wenig Information darüber
- DJI-Kidsstudie: Elternbefragung um Fragen dazu erweitert (Beiträge)
- Stichprobenumfang 5000 – repräsentativ über alle Bundesländer
- Erste Ergebnisse sollen Ende Oktober vorliegen